

Anfrage

Öffentlich

Datum

08.09.2010

Nummer

1294/10

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

21.09.2010

Betreff

Sachstand PPP

Mit dem Bericht 10596/10 wurde im Januar diesen Jahres von der Verwaltung mitgeteilt, dass mit 5 Bewerbern für das geplante PPP Verfahren in 9 Schulen, 3 Kindergärten und 2 Schulsporthallen verhandelt würde und die abschließende Entscheidung durch den Rat am 21.09.2010 erfolgen solle. Dieser Zeitplan wurde in der Vorlage 13178/10 vom Mai diesen Jahres verändert. Danach soll die Beschlussfassung erst im Dezember erfolgen. Allerdings ging die Verwaltung davon aus, dass die fünf Bieter bis Mitte September 2010 verbindliche Angebote vorlegen würden.

Zwischenzeitlich sprach sich der niedersächsische Finanzminister Möllring gegen PPP-Modelle aus. In der Wilhelmshavener Zeitung vom 13.08.10 wird in einem Beitrag mit der Überschrift „Minister warnt vor PPP-Modellen“, berichtet, dass der Finanzminister gleich eine ganze Reihe von nur schwer kalkulierbaren Risiken aufgelistet habe, die bei solchen Vorhaben für die öffentliche Hand oder aber für den Privatinvestor auftreten könnten. Weiter sagte Möllring: „In der Regel werden PPP-Modelle teurer als Eigenbauvorhaben. Und dass jemand dem Staat etwas schenken will, habe ich auch noch nicht erlebt.“

Dies vorweg geschickt wird die Verwaltung gefragt:

1. Liegen konkrete Angebote der fünf Bieter der Verwaltung mittlerweile vor, die Grundlage für eine Beschlussvorlage sein sollen, welche den Ratsmitgliedern am 1. Oktober zugehen soll?
2. Wie hoch sind die Gesamtkosten dieses Vorhabens bisher incl. Gutachterkosten und Verwaltungsaufwand?
3. Könnten die Äußerungen des niedersächsischen Finanzministers Hinweis auf eine mögliche Ablehnung eines Ratsbeschlusses pro PPP durch die Landesregierung sein?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender

Minister warnt vor PPP-Modellen MIT Möllring verteidigt vor Mittelstand seinen Sparkurs

Wilhelmshaven/ga Als Meister der Zahlen präsentierte sich Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU). Als Gast der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT), Kreisverband Wilhelmshaven-Friesland, gab er den Mittelständlern einen Einblick in die Haushaltszwänge des Landes.

Trotz des Rückschlages durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stehe das Ziel der Landesregierung fest: Ab 2020 darf das Land keine neuen Schulden mehr aufnehmen, um die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen. Um die aktuelle Schere zu schließen, müssten die Einnahmen durchschnittlich um 1,8 Prozent im Jahr steigen. Die Ausgaben dürfen aber lediglich um 1 Prozent wachsen. „Ein ambitioniertes Vorhaben“, sagte Möllring, der bei diesen Voraussetzungen für Gehaltserhöhungen einen Spielraum von maximal 2 Prozent im Jahr sieht – falls alle anderen Bereiche auf Zuwächse verzichten.

Der Sparkurs ist nach Ansicht des Finanzministers aber alternativlos. Die Gesellschaft könne nicht auf Dauer der kommenden Generationen leben. „Großeltern, die sich mal etwas außer der Reihe gönnen wollen, bedienen sich dafür ja auch nicht in der Spardose ihrer Enkelkinder – eher schon umgekehrt.“

Für Ernüchterung in der Wilhelmshavener PPP-Debatte dürften Möllrings Erfahrungen mit öffentlich-privaten Partnerschaften bei Investitionen in Infrastruktur-Projekte sorgen. Bekanntlich wird dieses Finanzierungsmodell für den Bau des neuen Gymnasiums in Erwägung gezogen. Der Finanzminister listete gleich eine ganze Reihe von nur schwer kalkulierbaren Risiken auf, die bei solchen Vorhaben für die öffentliche Hand oder aber für den Privatinvestor auftreten können.

Nach seiner Erfahrung gilt der Grundsatz, je mehr Leute an einem Projekt verdienen wollen, desto mehr müsse der Endverbraucher am Ende dafür aufbringen. „In der Regel werden PPP-Modelle teurer als Eigenbauvorhaben“, sagte Möllring. „Und das jemand dem Staat etwas schenken will, habe ich auch noch nicht erlebt.“



Hartmut Möllring (2. v. l.) weist Wilhelmshaven den Weg. Daneben v. li.: MdL Dr. Uwe Biester, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung Heiko Eibenstein und CDU-Kreisvorsitzender Jörn Felbier. WZ-FOTO:LÜBBE